

Position zu G 8

Das Staatsministerium hat angekündigt, die gymnasiale Schulzeit von 9 auf 8 Jahre zu verringern. Dieses nunmehr achtjährige Gymnasium (im Folgenden „G 8“ genannt) soll zum kommenden Schuljahr 2004/05 unter Einbeziehung der jetzigen 5. Klassen eingeführt werden.

Dieses Reformvorhaben stellte eine enorme Veränderung in unserem Bildungssystem dar, unvermeidlich also, dass auch wir als Schüler dazu Stellung beziehen.

Gegen Planlosigkeit / Für perspektivische Konzepte

Seit unser Ministerpräsident Stoiber am 06.11.03 in seiner Regierungserklärung die Einführung des G8 verkündete, gelangten nur wenig genaue Informationen und Vorstellungen zur Umsetzung des G8 an die Öffentlichkeit. Selbst jetzt ist noch kein konkretes und detailliertes Gesamtkonzept erkennbar. Zwar werden im Zusammenhang mit dem G8 immer wieder Dinge wie Lehrplankürzungen, individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und Qualitätssicherung genannt, jedoch lässt sich kein nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen ihnen erkennen, sodass zu befürchten ist, dass diesen Ankündigungen nur ernüchternde Ergebnisse folgen werden. Hinzu kommt die überstürzte Einführung, die nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch jegliche Lehrer-, Eltern- und Schülervvertretungen übergangen hat.

Wir fordern deshalb:

Vor der Entscheidung für oder gegen das G8 muss ein umfassendes Konzept verfasst werden und als Grundlage für einen öffentlichen und demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess dienen.

Die Staatsregierung darf nicht hinter dem Rücken der Öffentlichkeit und über alle Köpfe hinweg entscheiden..

Gegen Kapitalisierung / Für Humanisierung

Die Geschwindigkeit mit der die Entscheidung herbeigeführt werden soll und die Argumentation, die sich die Staatsregierung und das Kultusministerium zueigen gemacht haben lässt vor allem eine Schlussfolgerung zu: Die aktuelle Bildungsreform ist nicht etwa das Ergebnis eines sorgfältig überdachten Versuchs, die Qualität des bayerischen Gymnasiums zu steigern sondern viel eher die vorschnelle Reaktion auf wirtschaftlichen und politischen Druck. Man versucht über das G8 die Kosten für die Schulbildung zu senken, die Lebensarbeitszeit eines Schülers zu verlängern und dabei das Niveau des bisherigen Gymnasiums zu erhalten. Wohl wissend, dass dieser Ansatz am Ursprung der Probleme vorbeigeht. Es ist leider offensichtlich, dass die bildungspolitische der finanzpolitischen Motivation hintenanstand.

Wir fordern deshalb:

Bildungspolitik muss immer den Schüler in den Vordergrund seiner Überlegungen stellen. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche oder politische Argumente die bildungspolitischen in den Schatten stellen. Bildung ist ein gesellschaftlicher Auftrag und kein Instrument der Wirtschaft oder der Politik.

Gegen Aktionismus / Für Realismus

Nachdem das Kultusministerium in einer Bekanntmachung vom 31.05.02 selbst erklärt, dass die gymnasiale Schulzeit nicht für die zu lange Ausbildungszeit verantwortlich ist, kann auch dies kein allein überzeugendes Argument für das G8 sein.

Wir fordern deshalb:

Wir brauchen keinen sinnlosen Aktivismus, sondern Reformen, die die Probleme dort angreifen, wo sie entstehen. Und das ist nicht allein in der gymnasialen Schulzeit.

Gegen allgemeine Überlastung / Für individuelle Freiräume

Parallel zur Einführung des G8 sollen Lehrerinnen und Lehrer ab sofort zwei Nachmittage pro Woche (sog. Präsenznachmittage) in der Schule verbringen. Ihr Sinn ist noch nicht endgültig geklärt und ihr Nutzen von den Lehrerverbänden angezweifelt. Für uns bedeutet dies vor allem eine Arbeitszeiterhöhung und somit eine zusätzliche Belastung der Lehrkräfte. Wir befürchten, dass dies vor allem jene Lehrer betrifft, die sich bisher überaus engagiert in das Schulleben eingebracht haben, oder zusätzlich Zeit in die sorgfältige Vorbereitung ihres Unterrichts investierten. Eben jenes Engagement und damit zwangsläufig die Schul- und Unterrichtsqualität werden unter den Intensivierungsstunden leiden.

Wie Kultusministerin Frau Monika Hohlmeier in einem Brief an die Elternbeiräte vom 19.12.03 angekündigt hat, soll der neue Lehrplan erneut den neuen Anforderungen angepasst und gestrafft werden.

Wir fordern deshalb:

Wir wollen keine überlasteten Lehrerinnen und Lehrer. Alternativ wäre die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern denkbar.

Wir benötigen Räumlichkeiten, in denen sowohl unsere Lehrkräfte, als auch wir ungestört und dauerhaft arbeiten können.

Wir erwarten eine der verkürzten Unterrichtszeit angepasste Reduzierung der Lerninhalte, um zusätzliche, schon im neuen Lehrplan ungewünschte, Stofffülle zu vermeiden.

Gegen unfaire Sparmaßnahmen / Für soziale Gerechtigkeit

Auch soll im Zuge der Einsparungen die Lernmittelfreiheit abgeschafft werden. Eine solche Maßnahme geht aus unserer Sicht in die komplett falsche Richtung. Während nach der PISA-Studie gerade in Bayern die Notwendigkeit deutlich wurde, soziale Gerechtigkeit zu fördern, befürchten wir, dass eine Abschaffung der Lernmittelfreiheit dieses Problem nur noch verschärft.

Wir fordern deshalb:

Wir wollen die Lernmittelfreiheit erhalten. Bildung – unser höchstes Gut - darf nicht von der Kaufkraft der Eltern abhängen. Eine soziale Selektion muss unbedingt vermieden werden.
